

Arbeitsleben:	
Lückenhafte Erwerbsverläufe schmälern Rente	2
Arbeitsmarkt:	
Mindestlohn schadet Ungelernten nicht	3
Mitbestimmung:	
Betriebsrat zahlt sich aus	4
Girls' Day: Die Hitliste der Berufswahl	6
Pflege: In Belgien kommen öfter Profis ins Haus	6
Währungsunion:	
Mittel gegen die Ungleichgewichte	7
TrendTableau	8

FINANZPOLITIK

Kostspielige Steuersenkungen

Steuernachlässe für Haushalte und Unternehmen finanzieren sich nicht selbst. Kürzt der Staat gleichzeitig Ausgaben, geht das Wachstum zurück.

Steuersenkungen reißen Löcher in die öffentlichen Haushalte, stimulieren das Wirtschaftswachstum aber kaum. Verringerter Sätze bei Einkommen- und Gewinnsteuern haben zwar eine positive Wirkung auf Nachfrage und Produktion. Die daraus erwachsenden Zusatzeinnahmen für Fiskus und Sozialversicherungen können die ursprünglichen Einnahmeausfälle aber nicht annähernd ausgleichen. IMK-Steuerexperte Achim Truger schätzt, dass sich eine Senkung der direkten Steuern nur zu etwa 25 Prozent selbst finanziert. Gar kein positiver Effekt bleibt übrig, wenn der Staat gleichzeitig Ausgaben kürzt, um die Steuersenkung nicht durch höhere Verschuldung kompensieren zu müssen: Dann bremst die Finanzpolitik das Wirtschaftswachstum, statt es zu stützen.

Dies ergibt sich einer IMK-Studie zufolge aus den Erfahrungen mit der Steuerreform 2000, der umfangreichsten Steuersenkung der Nachkriegszeit.* Das Institut hat die Finanzpolitik der Jahre 2001 bis 2005 analysiert und berechnet, wie die Steuersenkung in Kombination mit einer strikten, an den Maastricht-Kriterien ausgerichteten, Konsolidierungspolitik wirkte. Obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen damals ungleich besser waren als heute, ging die Kalkulation der rot-grünen Regierung nicht auf. Die Konsolidierungsstrategie „scheiterte dramatisch“, urteilt Truger.

Für das Jahr 2005 etwa kommt das IMK zu diesem Ergebnis: Die Steuerreform bescherte dem Staat Einnahmeausfälle von rund 43 Milliarden Euro, das Defizit der öffentlichen Haushalte war knapp 32 Milliarden Euro höher, als es ohne Steuersenkungen gewesen wäre – aber die umfangreiche Entlastung von Unternehmen und Haushalten ließ das Bruttoinlandsprodukt um gerade 1,1 Milliarden Euro steigen.

Als Faustregel gilt nach den Berechnungen des IMK: Verzichtet der Staat etwa auf zehn Milliarden Euro bei der Lohn- und Einkommensteuer, so steigt die Wirtschaftsleistung dadurch nur um rund fünf Milliarden. Gleichzeitig sinkt das Bruttoinlandsprodukt an anderer Stelle um mehr als zehn Milliarden Euro, wenn der Staat den Steuerausfall durch Ausgabenkürzungen gegenfinanziert. Die Steuersenkung verschärft somit entweder die Konjunkturschwäche oder den Konsolidierungsdruck.

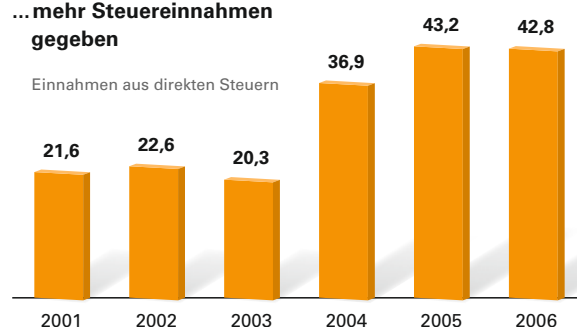
Diese Zusammenhänge und Größenordnungen treffen nicht nur für Deutschland in den Jahren nach der Jahrtau-

Verzicht auf Steuersenkung: Nutzt viel, schadet wenig

Ohne rot-grüne Steuerreformen und Sparpolitik hätte es so viele Milliarden Euro ...

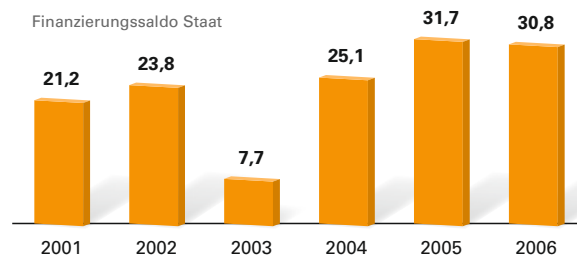
... mehr Steuereinnahmen gegeben

Einnahmen aus direkten Steuern

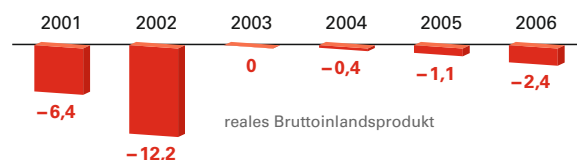


... weniger öffentliche Schulden gegeben

Finanzierungssaldo Staat



... weniger Wirtschaftsleistung gegeben



Modellrechnung IMK; Quelle: Truger 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

sendwende zu: Die Ergebnisse stehen im Einklang mit den Resultaten der internationalen empirischen Konjunkturforschung, betont Truger. ◀

* Quelle: Achim Truger u.a.: Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich nach der Rezession, Gutachten für AK Wien, März 2010
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Lückenhafte Erwerbsverläufe schmälern Rente

Die gesetzliche Rente verlangt einen möglichst lückenlosen und langen Erwerbsverlauf – tatsächlich ist das Arbeitsleben vieler Menschen aber brüchiger und kürzer geworden.

Zum Einstieg nur eine befristete Stelle, später immer wieder Phasen ohne Job, dann aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente: Die durchschnittliche Erwerbsbiografie hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten deutlich gewandelt. Sie ist lückenhafter geworden, beginnt später und endet früher. Ernst Kistler und Falko Trischler haben im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung untersucht, wie sich Lebensläufe zwischen 1984 und 2007 verändert haben. Die brüchiger gewordenen Erwerbsverläufe werden große Probleme in der Alterssicherung verursachen, warnen die beiden Forscher. Verschärfend komme hinzu, dass die Politik die Rentenzahlungsbeträge gesenkt hat. „Die Gefahr der Altersarmut steigt und ist hochgradig gruppenspezifisch“, so die Wissenschaftler vom Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (Inifes).

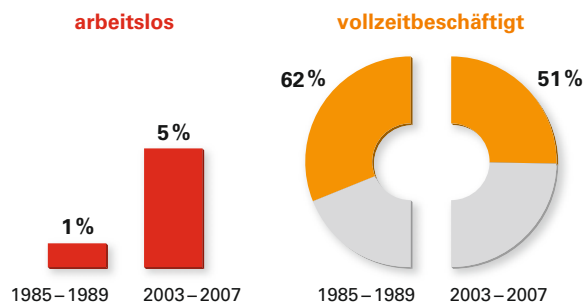
Die Einstiegsphase – 20- bis 30-Jährige. „Der Erwerbseinstieg hat sich seit den 1980er-Jahren deutlich verändert“, berichten die Forscher. Der durchschnittliche Berufsstart verschob sich, weil die Ausbildungen länger wurden. Vor allem aber spielt frühe Arbeitslosigkeit eine immer größere Rolle. Ob Männer oder Frauen, ob in Ost- oder Westdeutschland: Für alle Gruppen nahm zwischen 1991 und 2007 das Risiko zu. Selbst Dauerarbeitslosigkeit ist in dieser Lebensphase keine Seltenheit mehr. Jeder zwanzigste 20- bis 30-Jährige war von 2003 bis 2007 mindestens zweieinhalb Jahre ohne Job. „Arbeitslosigkeit wird zur allgemeinen Erfahrung“, schreiben Kistler und Trischler über die Einstiegsphase. Weil weder Berufskennntnisse noch Rentenansprüche gesammelt werden, zieht diese Erfahrung dauerhaft Nachteile nach sich. Außerdem ist bei den Unter-30-Jährigen der Anteil der Vollzeitbeschäftigten gesunken, und schon in dieser Lebensphase haben Frauen seltener eine Vollzeitstelle.

Die Kernerwerbsphase – 30- bis 50-Jährige. Dieser Lebensabschnitt hat sich über die Jahrzehnte am wenigsten verändert. Die wesentliche Neuheit im Vergleich zu den 1980er-Jahren ist, dass nun mehr Frauen arbeiten wollen. Das mündete laut Inifes aber nicht in einen erheblichen Zuwachs an Frauen in Vollzeitjobs, sondern eher in mehr geringfügige und Teilzeit-Beschäftigung. Etwa jede sechste westdeutsche Frau zwischen 30 und 50 bleibt noch immer die meiste Zeit dem Arbeitsmarkt fern. Arbeitslosigkeit und prekäre Jobs sind in dieser Phase noch etwas seltener als zu Beginn oder am Ende des Erwerbslebens. Aber immerhin jeder Fünfte arbeitete zwischen 2003 und 2007 dauerhaft in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis, und sieben Prozent verbrachten sogar mehr als zweieinhalb Jahre am Stück ohne Job. Auch wenn Bildung hilft: Die Zeiten in Arbeitslosigkeit sind für Geringqualifizierte wie Akademiker gestiegen.

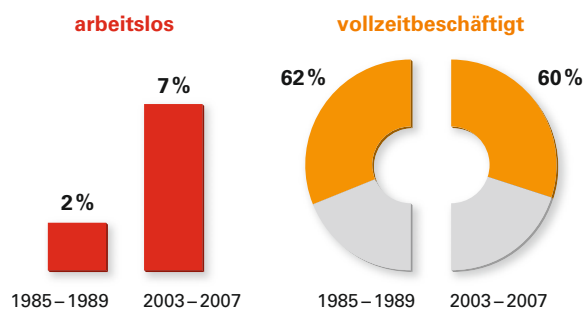
Der Altersübergang – 51- bis 65-Jährige. Beim Vergleich der 1980er- und der 2000er-Jahre wird deutlich: Es hat sich

Jüngere erwartet ein wechselhaftes Erwerbsleben

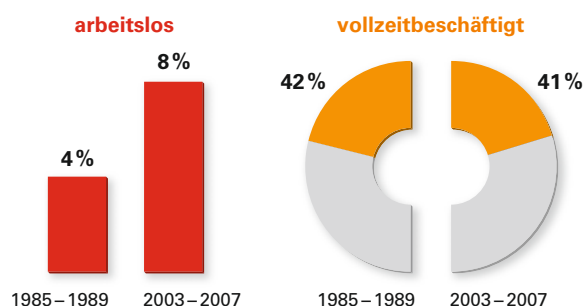
Mehr als die Hälfte der Zeit waren...
... von allen 20- bis 30-Jährigen...



... von allen 31- bis 50-Jährigen...



... von allen 51- bis 65-Jährigen...



Quelle: Trischler, Kistler 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

ein Keil zwischen Arbeitsende und Rentenbeginn geschoben. Die Mehrheit der Erwerbstätigen wechselt nicht mehr aus dem Beruf in die Rente. Eine schwierige Überbrückungsphase ist am Ende des Erwerbslebens zur Regel geworden, und obwohl Kürzungen des Ruhegeldes drohen, gehen viele vorzeitig in Rente. Ein immer größerer Teil der Älteren ist von Arbeitslosigkeit betroffen, auch im Westen, noch deutlicher aber im Osten. Vor allem künftige Ostrentner werden nicht auf eine stabile Erwerbsbiografie zurückblicken können, warnen Kistler und Trischler. ◀

* Quelle: Falko Trischler, Ernst Kistler: Gute Erwerbsbiographien, Arbeitspapier 1: Erwerbsverläufe im Wandel, Stadtbergen 2010
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Mindestlohn schadet Ungelernten nicht

Arbeitsmarktregulierungen wie Mindestlöhne haben offenbar keinen Einfluss auf die Jobaussichten von gering Qualifizierten. Das zeigt ein internationaler Vergleich.

Menschen, die kaum formale Bildung vorweisen können, haben es am Arbeitsmarkt besonders schwer. In vielen Ländern übersteigt die Arbeitslosenquote von gering Qualifizierten die der Erwerbslosen mit hohen Abschlüssen um mehr als das Doppelte. Doch die Hürden für Ungelernte sind nicht überall gleich hoch – 2007 waren in Deutschland etwa 18 Prozent der gering Qualifizierten arbeitslos, in den Niederlanden nur 4 Prozent. Daniel Oesch, Politikwissenschaftler von der Universität Genf, hat mögliche Einflussfaktoren auf die Arbeitslosenquote gering Qualifizierter untersucht.* Er hat Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten aus 21 OECD-Ländern von 1991 bis 2006 ausgewertet und gängige Hypothesen zur Auswirkung von Lohnbildung, Arbeitsmarktpolitik, Globalisierungsgrad und Geldpolitik überprüft.

Die Regressionsanalyse ergab: Lediglich zwei der untersuchten Faktoren haben einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Beschäftigungsquote gering Qualifizierter. Allein eine aktive Arbeitsmarkt-

und eine wachstumsfreundliche Geldpolitik haben einen messbaren Effekt – und zwar einen positiven. Kein signifikanter Zusammenhang zeigt sich dagegen bei Faktoren wie der Höhe des Mindestlohns, der Tarifabdeckung, dem Zentralisierungsgrad von Lohnverhandlungen und dem Ausmaß der Lohnspreizung, dem Kündigungsschutz oder der Höhe der Arbeitslosenunterstützung.

Am Arbeitsmarkt kommt es auf die richtige Kombination von makro- und mikroökonomischer Politik an, folgert der Wissenschaftler: Auf der Makro-Ebene geht es darum, das Wachstumspotenzial auszuschöpfen und so neue Beschäftigung zu

schaffen; auf der Mikro-Ebene führen Arbeitsmarktmaßnahmen dann Arbeitslose und offene Stellen zusammen. Oesch illustriert seinen statistischen Befund mit den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen von vier Ländern, in denen sich die Arbeitslosenquote gering Qualifizierter im Untersuchungszeitraum am deutlichsten geändert hat:

► Dänemark verdreifachte in den 1990er-Jahren seine Ausgaben für Arbeitsmarktmaßnahmen. In der Folge sank die Arbeitslosenquote der niedrig Qualifizierten von gut 14

Gering Qualifizierte profitieren von Fortbildung und niedrigen Zinsen

Einen klaren statistischen Einfluss auf die Beschäftigung gering Qualifizierter haben ...

Höhe des Mindestlohns	✗
Zentralisierungsgrad von Lohnverhandlungen	✗
Gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Arbeitnehmer	✗
Ausmaß der Lohnspreizung	✗
Höhe und Dauer der Arbeitslosenunterstützung	✗
Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik	✓
Stärke des Kündigungsschutzes	✗
Einbindung in die Weltwirtschaft (Außenhandel im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung)	✗
Arbeitsmigranten je 1.000 Einwohner	✗
Langfristiger Realzins	✓

Quelle: Oesch 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

auf knapp 7 Prozent. Ebenfalls erfolgreich mit ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik waren die Niederlande.

► In Spanien profitierten Ungelernte von günstigen geldpolitischen Rahmenbedingungen, so Oesch. Hier sanken die Realzinsen mit der Euro-Einführung von sechs auf ein halbes Prozent. Die Arbeitslosenquote gering Qualifizierter ging anschließend von 17 Prozent im Jahr 1998 auf 9 Prozent 2006 zurück. Vergleichbare Entwicklungen hat Oesch auch in anderen Mittelmeerländern und Irland beobachtet.

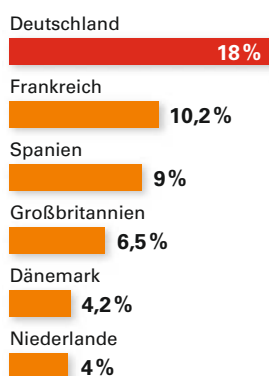
Bemerkenswert sei die Tatsache, dass sich viele in der Öffentlichkeit verbreitete Thesen nicht bestätigt haben, schreibt der Forscher. „Die Daten liefern keinerlei Unterstützung für die Hypothese, dass ein strikter Kündigungsschutz mit höherer Arbeitslosigkeit einhergeht.“ Und es gebe keine Hinweise darauf, dass die Arbeitslosigkeit gering Qualifizierter von der Höhe der Mindestlöhne abhängt. Zudem fand der Wissenschaftler keinen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Lohnspreizung und der Beschäftigungsquote von Ungelernten. Oesch resümiert: „Diese Ergebnisse lassen ernsthafte Zweifel an der oft formulierten Erwartung aufkommen, post-industrielle Volkswirtschaften könnten Vollbeschäftigung nur herstellen, indem sie das Lohngefüge nach unten öffnen und niedrig bezahlte Service-Jobs schaffen.“

Auch die Globalisierung eignet sich der Studie zufolge nur wenig als Erklärung für die jeweilige Arbeitslosenquote der Ungelernten. Ob Länder stark oder weniger stark in den internationalen Handel verflochten sind oder ob Arbeitsmigranten die Jobkonkurrenz erhöhen: Beides hatte in der OECD-Welt keinen messbaren Einfluss auf die Jobchancen von gering Qualifizierten. ◀

* Quelle: Daniel Oesch: What explains high unemployment among low-skilled workers? Evidence from 21 OECD countries, in: European Journal of Industrial Relations, 1/2010
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Keine Ausbildung, kein Job – das gilt nicht überall

Die Arbeitslosenquote gering Qualifizierter betrug 2007 in ...



Quelle: OECD 2009
© Hans-Böckler-Stiftung 2010

Betriebsrat zahlt sich aus

Betriebsräte nützen vielfach nicht nur den Beschäftigten, sondern auch der Wirtschaftlichkeit von Unternehmen. Das zeigt ein Gutachten zum aktuellen Stand der Mitbestimmungsforschung.*

Betriebe mit Betriebsrat sind oft produktiver und innovativer, haben eine geringere Fluktuation und eine familienfreundlichere Personalpolitik. So das Ergebnis neuerer empirischer Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Konsequenzen der Mitbestimmung. Uwe Jirjahn, Professor an der Universität Trier, hat den Forschungsstand ausgewertet, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung. Sein zentrales Fazit: Auch wenn verschiedene Studien nicht immer zu völlig einheitlichen Ergebnissen kommen, zeigt sich insgesamt ein positives Bild der Effekte betrieblicher Mitbestimmung.

Einige Untersuchungen können keine Wirkung der Mitbestimmung auf die betriebliche Performance feststellen. Diese vernachlässigen jedoch, dass weitere Faktoren die Ergebnisse verfälschen können, so Jirjahn. Betriebsräte entstehen zum Beispiel häufiger, wenn ein Unternehmen bereits in wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist.

Löhne. In Betrieben mit Betriebsrat fallen geschlechtsspezifische Lohnunterschiede niedriger aus. Auch verringert sich die Lohnungleichheit zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Beschäftigten. Bei vorübergehenden Schocks

– also zum Beispiel einer kleinen Auftragsflaute – halten Arbeitnehmervertreter die Löhne stabil. Hält der Schock länger an, ermöglichen sie Lohnanpassungen, um Entlassungen oder gar das Aus für den Betrieb zu verhindern.

Profitabilität. Eine Reihe von Untersuchungen stellt einen negativen Zusammenhang zwischen Betriebsräten und Profitabilität fest. Dies liegt jedoch daran, dass die Profitabilität häufig durch subjektive Einschätzungen des Managements gemessen wird. Wird ein objektives Maß für die Gewinnlage der Betriebe verwendet, zeigt sich ein deutlich positiver Zusammenhang zwischen Betriebsräten und der Gewinnsituation. Dies gilt insbesondere in Betrieben mit Tarifbindung.

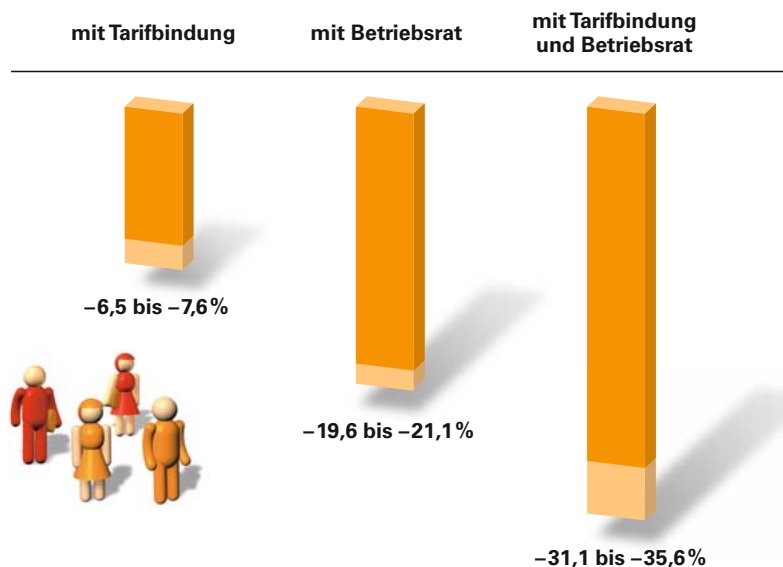
Innovationen. Bei der Entwicklung völlig neuer Produkte können Forscher keinen Einfluss des Betriebsrats ausmachen. Eine positive Beziehung besteht aber zwischen der Einführung von Nachfolge- oder funktional verbesserten Produkten und Mitbestimmung. Informationen, die Arbeitnehmer und ihre Repräsentanten dem Management zur Verfügung stellen, sorgen also für bessere Produkte.

Investitionen. Auf Investitionen im Allgemeinen haben Betriebsräte keinen direkten Einfluss. Anders sieht es bei Ausgaben für die Umwelt aus: Bei der Einführung umweltfreundlicherer Produktionsverfahren, Investitionen in nachgeschaltete Technologien (zum Beispiel Filterung), Entsorgung, Recycling und der Mitarbeiterschulung für ein umweltbewusstes Verhalten wirken sich Arbeitnehmervertreter durchweg positiv aus. Eine Erklärung der Forscher: Möglicherweise sind die Beschäftigten an der Verringerung lokaler Umweltbelastungen interessiert, da diese sie direkt am Arbeitsplatz oder ihre in der Nähe lebenden Familien treffen. Durch die Bündelung dieser Interessen trägt der Betriebsrat zum betrieblichen Umweltschutz bei.

Beschäftigung. Mehrere Studien zeigen, dass betriebliche Mitbestimmung mit einer geringeren Personalfuktuation ein-

Bindung an Arbeitsplatz in mitbestimmten Betrieben größer

Um so viel geringer ist die Zahl der freiwilligen Arbeitnehmerkündigungen in Betrieben...



Quelle: Pfeifer 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Die Erklärung: Betriebsräte können für ein vertrauensvolles Verhältnis von Belegschaft und Management sorgen. So kann die Personalpolitik besser auf die Wünsche der Beschäftigten eingehen. Steht eine Flexibilisierung oder betriebliche Umstrukturierung an, bildet der Betriebsrat einen Puffer zwischen Arbeitnehmern und Geschäftsführung.

Die Studien haben eine Vielzahl an Zusammenhängen untersucht. Die interessantesten:

Produktivität. Betriebsräte haben einen positiven Effekt auf die betriebliche Leistungsfähigkeit, so der Tenor der meisten Studien. Allerdings können Verteilungskonflikte auf betrieblicher Ebene stören. Sprich: Sind Arbeitnehmervertreter zu sehr mit der Verteilung des Kuchens beschäftigt, weil beispielsweise keine Tarifbindung besteht oder eine Gewinnbeteiligung der Belegschaft nicht klar vorab geregelt war, können sie weniger zur Vergrößerung des Kuchens beitragen.

hergeht. Dies gilt besonders für Betriebe mit Tarifbindung. Wenn Verteilungskonflikte auf betrieblicher Ebene reduziert werden, kommt dies auch der Belegschaft zugute, folgert Jirahn. Bei besseren Arbeitsbedingungen verringert sich der Anreiz, den Betrieb zu verlassen. Auch erleichtert das Vorhandensein eines Betriebsrats die Besetzung offener Stellen, zeigt eine weitere Untersuchung.

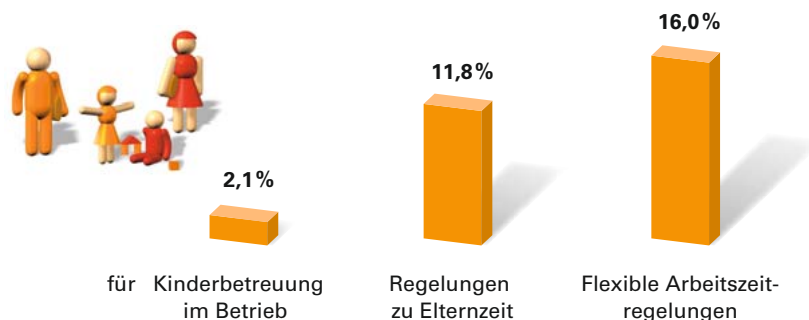
Studien zum **Beschäftigungswachstum** kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Bei getrennten Schätzungen für verschiedene Betriebstypen ergibt sich allerdings ein positiver Einfluss der Arbeitnehmervertretung in solchen Betrieben, die Gruppenarbeit, Gruppenanreize und Weiterbildung praktizieren.

Familienfreundliche Personalpolitik. Arbeitnehmervertreter wirken sich positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Dies ist besonders dann der Fall, wenn es im Betrieb einen hohen Frauenanteil gibt. Einzelne Beschäftigte mögen zurückhaltend sein, ihr Interesse an einer familienfreundlichen Personalpolitik zu äußern. Denn der Arbeitgeber könnte ihren Wunsch negativ interpretieren als Signal für besonders hohe familiäre Verpflichtungen. Eine kollektive Interessenvertretung mildert diese Probleme.

Weiterbildung. Empirische Untersuchungen sprechen ebenfalls für einen positiven Einfluss von Betriebsräten auf betrieblich finanzierte Mitarbeiterschulungen. Gibt es eine

Mit Betriebsräten zu besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Das Vorhandensein eines Betriebsrates steigert die Wahrscheinlichkeit um...



Quelle: Heywood, Jirahn 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

werden und Betriebe haben größere Anreize zu ihrer Finanzierung.

Arbeitszeitmodelle. Sowohl Schichtarbeit als auch Arbeitszeitkonten sind in Betrieben mit Betriebsrat weiter verbreitet. Die Arbeitnehmervertretung kann dafür sorgen, dass die Präferenzen der Beschäftigten bei der Ausgestaltung solcher Arbeitszeitmodelle stärker berücksichtigt werden. Dann akzeptieren die Arbeitnehmer auch eher Modelle, die für sie größere Belastungen bedeuten, erläutert der Wirtschaftsprofessor den Zusammenhang. Die Kooperationsbereitschaft der Beschäftigten hänge davon ab, in welchem Umfang ihre Wünsche berücksichtigt werden.

Leistungsanreize. Auch eine Leistungsentlohnung ist in Betrieben mit Betriebsrat wahrscheinlicher. Dies spricht dafür, dass Arbeitnehmer einer variablen Entlohnung eher zustimmen, wenn sie auf eine Berechnung der Leistungsentgelte nach nachvollziehbaren Kriterien vertrauen können, so Jirahn. Und wenn sie glauben, das Management werde die Leistungsstandards in Zukunft nicht unangemessen anheben.

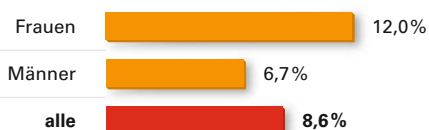
Gruppenarbeit. In einem flexiblen Produktionskonzept übernehmen die einzelnen Arbeitnehmer nicht mehr klar abgegrenzte Tätigkeiten, sondern je nach Bedarf sehr vielfältige und breit zugeschnittene Aufgaben. Bei solch heterogenen Arbeitsplätzen dürfte Betriebsräten die Interessenvertretung der Belegschaft schwerer fallen. Einige Forschungsergebnisse zum Einsatz von Teams stützen diese Vermutung. Allerdings ist Gruppenarbeit nur eine Komponente eines modernen Produktionskonzeptes, gibt der Ökonom zu bedenken. Ein Gesamtkonzept, bestehend aus monetären Gruppenanreizen, Weiterbildung, Teams und regelmäßigen Treffen zwischen Management und Belegschaft werde von einer Kombination aus Betriebsrat und Tarifbindung positiv beeinflusst.

Ob die Mitbestimmung auch weiterhin ihr Potenzial entfalten kann, hängt auch von den gesetzlichen Rahmenbedingungen ab, fasst Jirahn die Forschungsergebnisse zusammen. „Eine undifferenzierte Deregulierung des Arbeitsmarktes, die vermeintlich der Erhöhung der Flexibilität dient, könnte genau das Gegenteil bewirken und wichtige Ressourcen zum Erhalt und zur Schaffung der ökonomischen Leistungsfähigkeit ungenutzt lassen.“

Mitbestimmung zahlt sich aus

So viel mehr verdienen die Beschäftigten in Betrieben mit Betriebsrat...

in höheren Verdienstgruppen (zweithöchstes Fünftel)



in der untersten Verdienstgruppe (unterstes Fünftel)



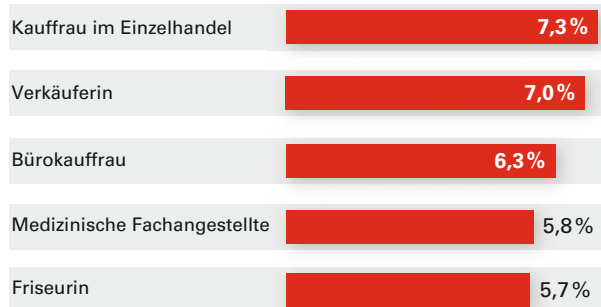
Quelle: Addison, Teixeira, Zwick 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Arbeitnehmervertretung, so steigert die Weiterbildung die Produktivität in einem stärkeren Ausmaß. Jirahn erklärt dies so: Damit sich eine solche Maßnahme in einem betrieblichen Erfolg niederschlägt, müssen sich die Beschäftigten zusätzlich anstrengen. Bei Vorhandensein eines Betriebsrats scheinen sie dazu eher bereit zu sein. Denn eine mit Mitbestimmungsrechten ausgestattete Interessenvertretung, die sich für die Belange der Belegschaft einsetzt, stärkt die Motivation der Arbeitnehmer. So kann Weiterbildung effektiver

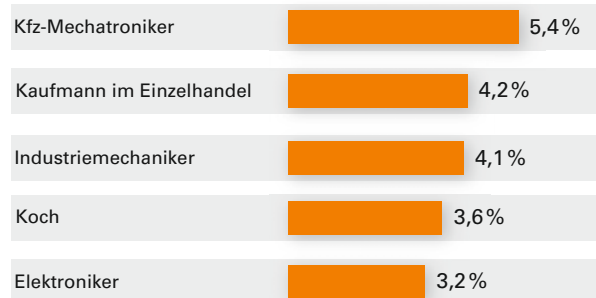
* Quelle: Uwe Jirahn: Ökonomische Wirkungen der Mitbestimmung in Deutschland: Ein Update, Arbeitspapier 186, Hans-Böckler-Stiftung 2010
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Die Hitliste der Berufswahl – Blaufrauen bleiben rar

Die beliebtesten Ausbildungen* bei Frauen waren 2009...



Die beliebtesten Ausbildungen* bei Männern waren 2009...



* neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009; Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Girls' Day: Bereits zum zehnten Mal können Mädchen an diesem Tag in technische Berufe hineinschnuppern. Immer noch entscheiden sich nur wenige für eine solche Ausbildung. Drei Viertel aller weiblichen Auszubildenden haben im vergangenen Ausbildungsjahr einen von nur 23 Berufen ergriffen, so eine Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung. Insgesamt hätten sie die Wahl zwischen 349 dualen Ausbildungsberufen gehabt. Dennoch favorisieren die meisten jungen Frauen einen Dienstleistungsberuf im Einzelhandel,

dem Büro oder der Arztpraxis. Unter den 25 beliebtesten findet sich lediglich ein Beruf, der stärker technische Ausbildungsinhalte aufweist: die Mediengestalterin Digital und Print, auf dem 21. Platz.

Junge Männer verhalten sich in ihrer Berufswahl ähnlich traditionell. Sie entscheiden sich überwiegend für die gewerblichen Berufe des Handwerks. Allerdings sind sie in ihrer Auswahl nicht ganz so eingeschränkt: Bei ihnen erstrecken sich drei Viertel aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf 42 Berufe.

Unterm Strich gilt weiterhin: In klassischen Männerberufen wird besser verdient. Zwar kommen Einzelhändlerkaufleute nach abgeschlossener Ausbildung in Nordrhein-Westfalen immerhin auf 1.655 Euro monatlich, Kraftfahrzeugmechatroniker aber auf 110 Euro mehr. Und die Tariflöhne für Verkäuferinnen oder Friseurinnen liegen oft so niedrig, dass sie für den Lebensunterhalt nicht ausreichen.

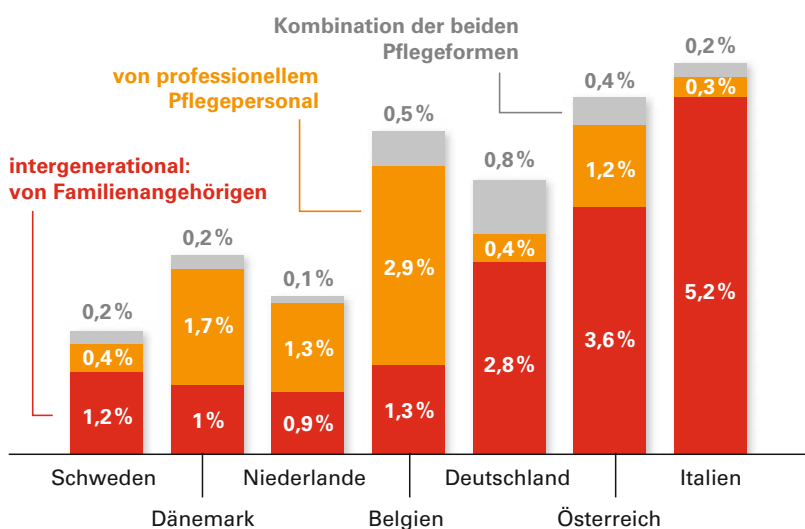
Quelle: Stephan Kroll: Ausbildungsverträge 2009: Nur wenige Berufe dominieren, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Heft 1/2010

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

GESUNDHEIT

Pflege: In Belgien kommen öfter Profis ins Haus

Von den über 50-Jährigen werden zu Hause gepflegt in ...



Quelle: WSI 2004 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Leben pflegebedürftige ältere Menschen weiter zuhause, so tragen Kinder und Partner die Hauptlast der Unterstützung. Je nach Land nehmen sie in unterschiedlichem Ausmaß professionelle Hilfe in Anspruch: in Italien kaum, in Belgien erledigen Pflegeprofis mehr als die Hälfte der Arbeit. Dies geht aus einer Studie der Soziologen Klaus Haberkern und Martina Brandt hervor.* Durch sinkende Geburtenraten und die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen dürften künftig weniger Personen für familiäre Pflege zur Verfügung stehen, prognostizieren die Wissenschaftler. Daher seien Länder mit einem höheren Anteil an professionellen Serviceleistungen – etwa skandinavische und Benelux-Länder – besser auf die Zukunft vorbereitet. ◀

Klaus Haberkern, Martina Brandt:

Intergenerationale und professionelle Unterstützung älterer Personen in Europa, in: WSI-Mitteilungen 4/2010

Download unter www.boecklerimpuls.de

Mittel gegen die Ungleichgewichte

Die Gefahr von Staatsbankrotten wird die Währungsunion weiter begleiten, wenn die großen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Euroländern bleiben.

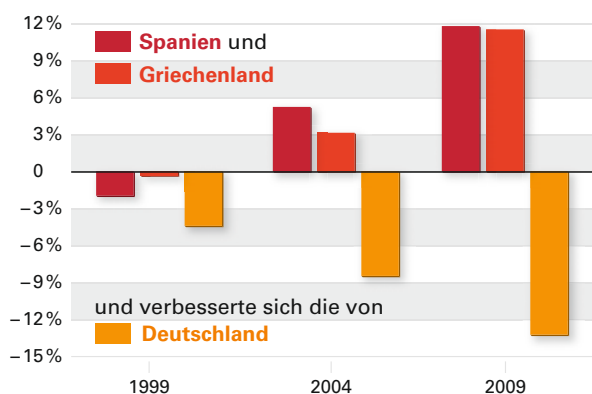
Um die Ungleichheiten zu mildern, braucht die EU eine Instanz, welche die Entwicklung der Leistungsbilanzen intensiv beobachtet und Fehlentwicklungen klar benennt. Zu diesem Ergebnis kommt das IMK in einer neuen Analyse.* Die Forscher unterstützen die Absicht der EU-Kommission, aktiver zu werden. Entscheidend ist die richtige Ausgestaltung: „Es reicht nicht, sich auf die Staatsfinanzen zu konzentrieren“, sagt Gustav Horn, Wissenschaftlicher Direktor des IMK. Auch Appelle allein an die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten, diese zu beseitigen, könnten die Probleme nicht lösen.

Die Länder mit Überschüssen – allen voran Deutschland – sollten ihre einseitige Orientierung auf Wachstum durch Exportüberschüsse aufgeben. „Wir brauchen einen Mechanismus, der chronischen Überschussländern deutlich macht: Es ist auch für sie günstiger, ihre Binnennachfrage zu stärken und damit die Rolle der Konjunkturlokomotive zu übernehmen, als schwächeren Staaten dauernd aus der Krise zu helfen“, so Horn.

Die Versuche zur Rettung Griechenlands vor der Staatspleite verstellen den Blick auf die eigentlichen Probleme der Währungsunion: Lediglich die Defizite der öffentlichen Haushalte werden als eine Gefahr für den Euro gesehen. Dies

Gegensätze werden größer

So stark verschlechterte sich seit Beginn der Währungsunion die Wettbewerbsfähigkeit von ...



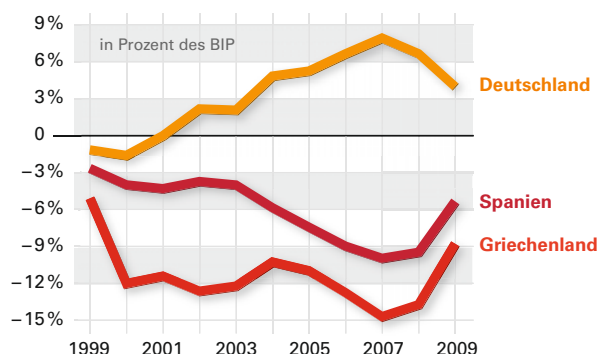
Quelle: IMK 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

stellt jedoch auf Dauer eine gefährliche Verengung der ökonomischen Zusammenhänge dar, zeigt das IMK. Denn Schwierigkeiten mit der Zahlungsbilanz, die alle Verflechtungen mit dem Ausland abbildet, können in den Mitgliedstaaten auch auftreten, wenn der private Sektor überschuldet ist.

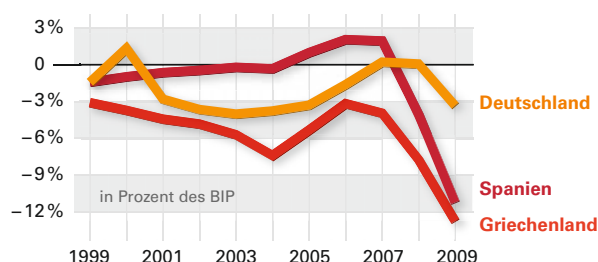
Seit Beginn der Währungsunion verzeichnen Länder wie Griechenland, Spanien oder Portugal deutliche Leistungsbi-

Union ohne Einheit

Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos von ...



und des Haushaltssaldos von ...



Quelle: IMK 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

lanzdefizite und einen fortschreitenden Verlust ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit – was sie für Krisen anfälliger machte. Aufgrund der aktuellen Krise ist nun gerade in diesen Staaten die Staatsverschuldung stark gestiegen.

Um Belastungen für den Zusammenhalt der Euroländer frühzeitig zu erkennen, ist daher eine den Nationalstaaten übergeordnete Instanz nötig, schreiben die Wirtschaftsforscher. Ob es sich bei dieser um einen Europäischen Währungsfonds, eine mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattete EU-Kommission oder um eine Arbeitsgruppe der Finanzminister handelt, sei dabei zweitrangig. Bislang fehlt eine Regelung, wie mit Zahlungsbilanzkrisen umgegangen werden könnte – ein Geburtsfehler der Währungsunion.

Die neu zu gründende Instanz sollte die Fehlentwicklungen in der Zahlungsbilanz zwischen Nationalstaaten im öffentlichen wie im privaten Sektor frühzeitig erkennen und Vorschläge zu ihrer Beseitigung machen. „Dabei wird es zwangsläufig um fiskalpolitische Maßnahmen gehen, die je nach Erfordernis die jeweilige Binnennachfrage eines Mitgliedslandes stimulieren oder bremsen“, so die Forscher.

Bei größeren Problemen der Defizitländer sollte die Instanz Soforthilfen beschließen können. Diese sollten allerdings mit entsprechenden Auflagen verbunden sein. Erfüllen die Defizitstaaten sie nicht, könnte die EU weitere Unterstützungskredite verweigern, selbst wenn das Land dadurch zahlungsunfähig wird. Überschussländer müssten sich stärker an der Soforthilfe beteiligen – über die Anteile hinaus, die sie wegen ihrer wirtschaftlichen Position in der Währungsunion übernehmen müssen. Auch hierdurch könnten sie dazu angeregt werden, auf die Stabilität gefährdende Überschüsse zu verzichten. ◀

* Quelle: Gustav Horn, Silke Tober, Till van Treeck, Achim Truger: Euroraum vor der Zerreißprobe?, IMK Report Nr. 48 April 2010
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11/77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11/77 78-286,
Fax 02 11/77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,
Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

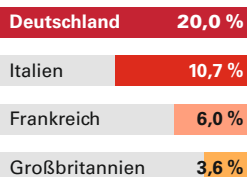
Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Länger ohne Arbeit in Deutschland

Von allen Arbeitslosen sind seit mehr als vier Jahren ohne Job in...

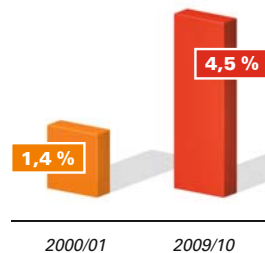


Stand 3. Quartal 2009
Eurostat, März 2010

BILDUNG

Privat-Unis haben Zulauf

Für eine private Hochschule entschieden sich von den Studierenden



Statistisches Bundesamt, März 2010

GENDER

Frauen: Stärkste Benachteiligung im Beruf

Von 100 Bundesbürgern* sehen gleiche Rechte für Frauen...

in der Familie	66
in der Politik	63
im Beruf	23

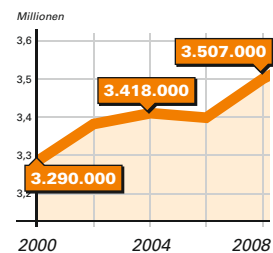


* 1.000 befragte Wahlberechtigte
Infratest Dimap für Deutsche Welle,
März 2010

GESUNDHEIT

Jobmotor Gesundheitsbranche

Im Gesundheitswesen waren beschäftigt*



* in Vollzeitstellen umgerechnet
Statistisches Bundesamt, März 2010

EINKOMMEN

Weiter viele Aufstocker

Arbeitslosengeld II erhalten so viele Erwerbstätige mit...

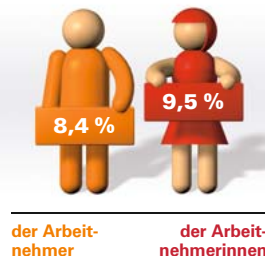
Vollzeitbeschäftigung*	357.000
Teilzeitbeschäftigung	202.000
Geringfügiger Beschäftigung	663.000
Selbstständiger Tätigkeit	100.000

* sozialversicherungspflichtig,
darunter 62.000 Auszubildende
Bundesagentur für Arbeit, März 2010

ARBEITSWELT

Jeder Elfte mit Zeitvertrag

Einen befristeten Arbeitsvertrag hatten 2008...

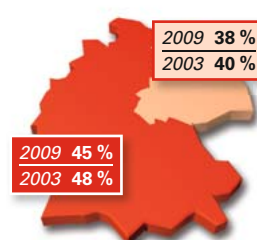


Statistisches Bundesamt, März 2010

MITBESTIMMUNG

Leicht rückläufig

Von allen abhängig Beschäftigten in der Privatwirtschaft* wurden von einem Betriebsrat vertreten in

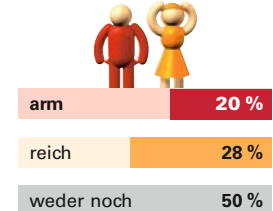


* in Betrieben ab 5 Mitarbeitern
IAB-Betriebspanel 2009

ZUFRIEDENHEIT

Jeder Fünfte hält sich für arm

Der Haushalt, in dem ich lebe, ist...



1.521 Befragte in Deutschland,
August/September 2009
Eurostat, Februar 2010

► **ARBEITSMARKT:** Jeder zweite Ein-Euro-Jobber ist nach Angaben seines Einsatzbetriebs auch ausreichend qualifiziert und motiviert für eine reguläre Beschäftigung. Die vom Jobcenter vermittelten „Arbeitsgelegenheiten“, um Arbeitslose an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen, sind in vielen Fällen gar nicht nötig, ergab eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und

Berufsforschung (IAB). Demnach hielten die rund 4.000 befragten Betriebe nur ein Drittel der bei ihnen eingesetzten Ein-Euro-Kräfte auf dem regulären Arbeitsmarkt für nicht vermittelbar. Bei knapp einem Fünftel konnten sie die Frage noch nicht abschließend beantworten. Probleme sahen die Betriebe vor allem bei der Belastbarkeit und den beruflichen Qualifikationen. Man-

gelnde Berufserfahrung, Leistungsbereitschaft und Verlässlichkeit wurden seltener genannt. Derzeit gibt es rund 250.000 Ein-Euro-Jobber.

IAB, März 2010

► **GENDER:** Frauen machen sich seltener selbstständig als Männer. Der Frauenanteil unter den Gründern lag 2007 bei knapp 40 Prozent, wie aus einer vom Bonner Institut zur Zu-

kunft der Arbeit (IZA) veröffentlichten Studie hervorgeht. Die Forscher sehen die Ursachen dafür unter anderem in einer geringeren Risikobereitschaft. So beurteilten Frauen beispielsweise die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die persönlichen Voraussetzungen für eine Existenzsicherung wesentlich skeptischer als Männer.

IZA, März 2010